

# Hoher Stellenwert für Prävention

Bayerns Zahnärzte beteiligen sich an zukunftsweisenden Initiativen

*Mit einem Bündnis für Prävention und dem Gemeinsamen Landesgremium nach § 90a SGB hat das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege zwei zukunftsweisende Initiativen für die Gesundheitsversorgung im Freistaat auf den Weg gebracht. Bayerns Zahnärzte beteiligen sich an beiden Projekten.*

Der 25. November 2015 war ein besonderer Tag für Bayern: 83 Akteure aus allen Bereichen des Gesundheitswesens kamen auf Einladung von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml zur feierlichen Unterzeichnung für das Bündnis Prävention in den Kaisersaal der Münchner Residenz. Im Anschluss gab es einen Staatsempfang. Ziel des in Deutschland einmaligen Bündnisses, dem aus dem zahnärztlichen Bereich die Bayerische Landeszahnärztekammer (BLZK), die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB), die Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit (LAGZ) und der Verein zur Förderung der wissenschaftlichen Zahnheilkunde in Bayern (VFWZ) angehören, ist es laut Huml, „die Menschen in ihrer Entscheidung für eine gesundheitsförderliche Lebensweise – in allen Regionen, in allen Lebensphasen und in allen Lebenslagen – zu unterstützen“. Die CSU-Politikerin weiter: „Es sollen gesunde Lebenswelten gestaltet werden, die solche Entscheidungen leicht machen.“ Humls Ziele sind eine bestmögliche Gesundheit für jeden Einzelnen, die Festlegung der Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der nachhaltige Ausbau eines Netzwerks für Gesundheitsförderung und Prävention im Freistaat. Besonderes Augenmerk will sie dabei auf die Gesundheitsförderung von Jugendlichen legen, die vielfach unter schwierigen sozialen Bedingungen aufwachsen. 2016 stellt die Gesetzliche Krankenversicherung etwa 500 Millionen Euro für das Bündnis bereit.

## **Präventionsplan als Grundlage**

Die inhaltliche Grundlage bildet der Bayerische Präventionsplan, der im Mai vergangenen Jahres im Ministerrat beschlossen und der Öffentlichkeit in einer Regierungserklärung von Gesundheits- und



Foto: BLZK

Prof. Dr. Christoph Benz, Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer und Referent Prophylaxe, Alterszahnmedizin und Patientenberatung der BLZK, nahm für die Berufsvertretung der bayerischen Zahnärzte an der Unterzeichnung für das Bündnis Prävention teil.

Pflegeministerin Melanie Huml vorgestellt worden war. Darin werden vier Handlungsfelder festgelegt: gesundes Aufwachsen in der Familie, Gesundheitskompetenz in der Arbeitswelt, gesundes Altern und – als Querschnittsthema – gesundheitliche Chancengleichheit. Zu drei der vier Handlungsfelder wird sich die BLZK aktiv einbringen. Dies hatte BLZK-Präsident Berger bereits bei der Vorstellung des Präventionsplans durch die Ministerin im Frühjahr 2015 zugesagt und im Laufe des vergangenen Jahres durch verschiedene Projekte zum Thema „Gesunde Kinderzähne“ in die Tat umgesetzt. Huml unterstrich bei der Festveranstaltung, dass der Bayerische Präventionsplan gemeinsam mit dem Bündnis für Prävention auch im Hinblick auf die Bundespolitik von großer Bedeutung sei. Der Bayerische Präventionsplan bilde die Grundlage für die Umsetzung des Präventionsgesetzes im Freistaat.

## **Vernetztes Arbeiten ermöglichen**

Nach den Vorstellungen der Ministerin soll das Bündnis zu einer Bürgerbewegung werden. Deshalb wurde auch bewusst die kommunale Ebene mit Vereinen und Organisationen der Bürgergesellschaft mit einbezogen. Der Zusammenschluss müsse jeden Tag durch vernetztes, ressortübergreifendes

Arbeiten mit Leben erfüllt werden und sei keine geschlossene Vereinigung. Zusätzliche Partner seien jederzeit willkommen, so die Ministerin.

Für die BLZK unterzeichnete Prof. Dr. Christoph Benz als Referent Prophylaxe, Alterszahnmedizin und Patientenberatung die Gründungsurkunde, für die KZVB der Vorsitzende des Vorstands, Dr. Janusz Rat, für die LAGZ die Vorsitzende Dr. Brigitte Herrmann und für den VFwZ der stellvertretende Vorsitzende Dr. Anton Euba. Besiegelt wurde das Bündnis durch eine „Gemeinsame Erklärung der Bayerischen Staatsregierung und der Partner für Gesundheitsförderung und Prävention in Bayern“.

### Flüchtlinge im Fokus

Am 1. Dezember 2015 nahm das Gemeinsame Landesgremium nach § 90 a SGB V unter dem Vorsitz von Gesundheitsministerin Melanie Huml seine Arbeit auf. Es befasst sich mit Themen der sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung und mit Aspekten der Bedarfsplanung in Bayern. Erster Beratungsschwerpunkt wird die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen sein. Hierzu wurde beschlossen, einen Arbeitsausschuss einzusetzen.

Unter den Teilnehmern der konstituierenden Sitzung des Gemeinsamen Landesgremiums waren Kammerpräsident Christian Berger als von der BLZK entsandtes Mitglied und Justitiar Michael Pangratz. Bereits im Vorfeld hatte sich die Berufsvertretung der bayerischen Zahnärzte bezüglich der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Landesgremium eingebracht. Das Gremium kann Empfehlungen zu Fragen der sektorenübergreifenden gesundheitlichen Versorgung aussprechen und Stellungnahmen zur Aufstellung und Anpassung von Bedarfsplänen nach § 99



Foto: VFwZ

Dr. Anton Euba, stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Förderung der wissenschaftlichen Zahnheilkunde in Bayern, mit der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml

Abs. 1 SGB V sowie zu Entscheidungen des Landesausschusses abgeben.

### Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau

In einer Pressemitteilung betonte Huml: „Im Gemeinsamen Landesgremium sind die maßgebenden Akteure des bayerischen Gesundheitswesens vertreten. Ziel ist es, weiterhin eine gleichwertige medizinische Versorgung in allen Landesteilen zu gewährleisten.“ Die CSU-Politikerin lobte darin das qualitativ hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Bayern, will aber das Gesundheitssystem angesichts „großer Herausforderungen“ zukunftsfest machen. Als Beispiele nannte sie den demografischen Wandel, den Strukturwandel und den technischen Fortschritt.

Ulrike Nover  
Leiterin Fachbereich Prophylaxe, Patientenberatung,  
Soziales Engagement der BLZK

### Wer ist Mitglied im Gemeinsamen Landesgremium?

Das Gemeinsame Landesgremium vereint die wichtigsten Akteure des bayerischen Gesundheitswesens. Folgende Organisationen gehören ihm an:

- Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen in Bayern
- Bayerische Krankenhausgesellschaft
- Kassenärztliche Vereinigung Bayerns
- Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
- Bayerische Heilberufekammern (Bayerische Landesärztekammer, Bayerische Landesapothekerkammer, Bayerische Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten

und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und Bayerische Landes Zahnärztekammer)

- Kommunale Spitzenverbände (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag)
- Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
- Patientenvertreter

In Angelegenheiten, die allein oder weit überwiegend die vertragszahnärztliche Versorgung betreffen, wird die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns anstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns vertreten sein.